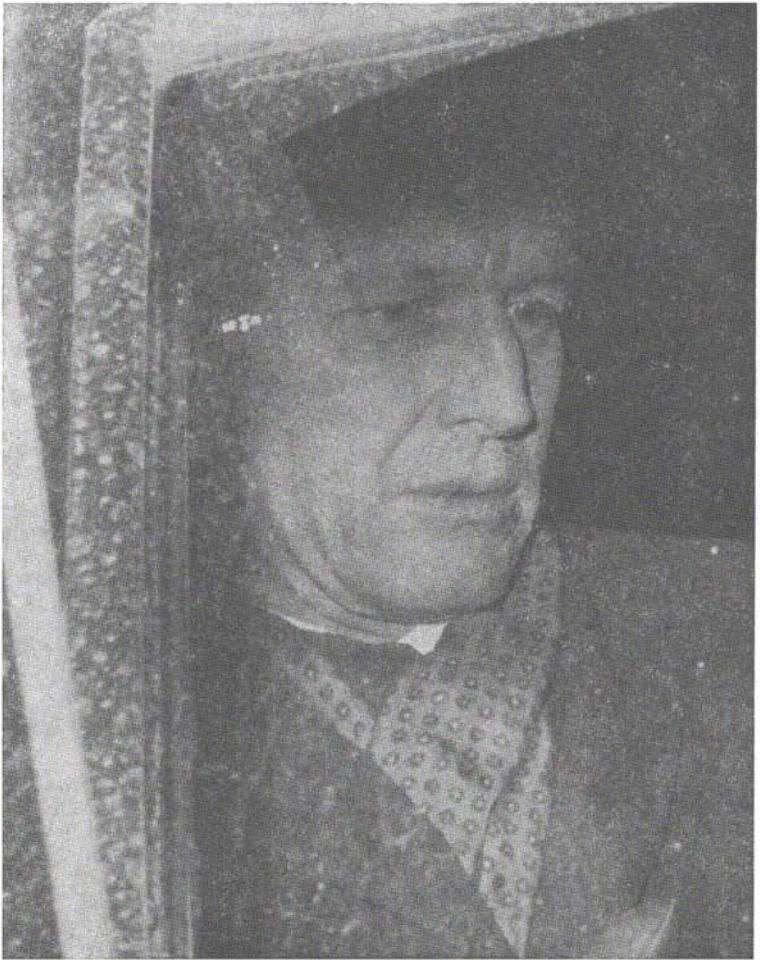


**Herausgegeben von Ulrich Conrads
unter Mitarbeit von
Gerd Albers, Adolf Arndt,
Lucius Burckhardt, Werner Kallmorgen,
Hermann Mattern, Julius Posener,
Hans Scharoun**



John V. Lindsay, Bürgermeister von New York

John V. Lindsay

**Städte brauchen mehr
als Geld**

**New Yorks Mayor
über seinen Kampf für
eine bewohnbare Stadt**

Bertelsmann Fachverlag

Titel der amerikanischen Originalausgabe: The City.
Copyright 1969, 1970. W. W. Norton & Co., Inc., New York.
Aus dem Amerikanischen von Martina Schneider.

© 1971 Verlagsgruppe Bertelsmann GmbH/Bertelsmann Fachverlag,
Gütersloh · 1
Umschlagentwurf von Helmut Lortz
Gesamtherstellung Mohndruck Reinhard Mohn OHG, Gütersloh
Alle Rechte vorbehalten · Printed in Germany
ISBN 3 570 08631 3

Inhalt

Einleitung zur deutschen Ausgabe	7
Vorbemerkung	15
Der Kampf um New York	17
1 Die Wahl 1969	22
2 Die Wurzeln des Übels	44
3 Ein Tag aus dem Leben	52
4 Was wir vorgefunden haben	62
5 Durch die Straßen der Stadt	74
6 Partizipation und Selbstbestimmung	92
Die inneren Kämpfe	110
7 Ernste Gefahren: Armut und die Fesseln der Fürsorge	111
8 Ernste Gefahren: Kriminalität	126
9 Die Stadt und der Staat	144
10 Die Stadt und der Bund	158
11 Schlußwort	175

*Für Kathy, Margie, Anne und Johnny,
deren Vater allzu selten zum Mittagessen kam
und den sie an zu vielen Abenden vermissen mußten;
und die ihm seine Überbeanspruchung mit Geduld
und Liebe vergolten haben.*

Einleitung zur deutschen Ausgabe

New York ist eine Stadt wie keine andere. New York ist jede Stadt. Um Gertrude Stein abzuwandeln: New York ist New York ist New York ist eine Stadt.

Was diese Stadt in eine Kategorie für sich rückt, sie unvergleichbar macht, ist bekannt: die dramatische Übersteigerung der Maße, die brisante Bündelung sozialer Extreme, die stupende Gewalt ungelöster technischer Probleme, die stets überlasteten, immer wieder zusammenbrechenden Verkehrs- und Versorgungssysteme, die überhohe, in einzelnen Stadtteilen terrorartige Kriminalität, das chaotische Gemenge von Aufbau und Verfall, von hinreißendem Glanz und allgegenwärtigem Schmutz, schließlich die alles überstrahlende Faszination, die aus der gegenseitigen Steigerung intensiver Lebensfunktionen auf engstem Raum entspringt.

Diese monströse und großartige Stadt durchlebt und durchleidet eine Krise, deren endgültiger Ausgang offen ist. Diese vielleicht tödliche Krise, in die New York tiefer verstrickt ist als jede andere Stadt, ist gleichwohl die Krise aller unserer großen Städte. Die Lage ist hier zwar extremer, in der Substanz aber nicht anders als in den europäischen Stadttagglomeraten. Ein Überleben wird es nur geben, wenn es gelingt, in einer universellen, außerordentlichen politischen Anstrengung genug Entschiedenheit, genug Intelligenz und genug Produktionskraft auf die Lösung der Stadtprobleme zusammenzuziehen. Im Falle New Yorks wird die Krise angesichts der Maßstabsübersteigerung vielleicht etwas verzerrt aber insgesamt doch drastisch-deutlicher, jedenfalls nicht eigentlich anders als bei uns sichtbar. Was hier geschieht oder unterbleibt, was hier gelingt oder verfehlt wird, betrifft uns alle.

In diesem Buch, das Bericht und drängend-dringender Appell in einem ist, wird beides deutlich: die Einmaligkeit und die Allgemeingültigkeit der New Yorker Situation. Von ersterer soll im folgenden nicht mehr die Rede sein; sie ist zu offenkundig. Auch für Lindsay, der sie

mehr als einmal unterstreicht, ist sie trotz allen Engagements für seine Aufgabe nicht das Wichtigste. Er berichtet und argumentiert am Beispiel New Yorks über alle großen Städte. Und dies steht denn auch wohl für den Leser der deutschen Ausgabe seines Buches im Vordergrund: die Frage nach der allgemeinen Gültigkeit der stadtpolitischen Überlegungen und Forderungen des New Yorker Bürgermeisters.

Wer Anlaß und Gelegenheit gehabt hat, sich mit der inneramerikanischen Entwicklung etwas näher zu befassen, weiß um die mannigfach unterschiedlichen Bedingungen, unter der die kommunale Entwicklung in den USA und in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik steht. Um so mehr beeindrucken und verblüffen die vielfältigen Übereinstimmungen und Parallelen zwischen der amerikanischen und der deutschen Problemlage, die bis in Einzelheiten hineinreichen.

Über weite Passagen hin könnten Lindsays Ausführungen fast unverändert auf unsere Verhältnisse übertragen werden. Das gilt zum Beispiel für seine Schilderung einer die gesamte Politik in den USA durchziehenden städtefeindlichen Grundströmung. Es gilt für die einseitig unüberlegte Förderung des Einfamilienhausbaus mit ihren verheerenden Folgeerscheinungen der Zersiedlung, der wuchernden Vororte und des Individualverkehrs. Es gilt ebenso für den einseitigen Vorrang der Autobahnfinanzierung vor dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Es gilt für die Abhängigkeit der Städte von zweckgebundenen Zuschüssen des Bundes und der Länder, für den damit verbundenen Zwang, das zu tun – und mitzufinanzieren –, wofür es staatliche Mittel gibt, ohne Rücksicht auf die wirkliche örtliche Dringlichkeit. Es gilt ebenso für die unglücklichen Auswirkungen, die die finanzielle Bevormundung der Städte durch die Länder mit sich bringt – auch wenn ich für Deutschland kein so krasses Beispiel anführen kann, wie das von Lindsay taktvollerweise verschwiegene repräsentationswütige 4-Milliarden-DM-Projekt eines Brasilia-ähnlichen Verwaltungskomplexes des Landes New York für seine eigene Landesverwaltung in Albany. Es gilt für die Vernachlässigung der sozialen und technischen Großforschung zur Stadtentwicklung im Rahmen der öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsaufträge. Es gilt vor allem für die von der Bundes- und Landespolitik kaum zur Kenntnis genommene katastrophale Finanznot der Städte. Und es gilt schließlich auch für einige Grundfragen der kommunalen Selbstverwaltung: Bürgerbeteiligung, innerstädtische Planungs- und Verwaltungsdezentralisation, Integration der Stadtbürgerschaft.

In einigen Bereichen wird man geneigt sein, die Verhältnisse in Deutschland als günstiger, die Problemlösung als fortgeschrittener zu bewerten. So unzulänglich die Gemeindeeinnahmen bei uns auch sind, so gibt es doch wenigstens eine gewisse kommunale Beteiligung an der mit den Personalkosten wachsenden Einkommensteuer ebenso wie eine Beteiligung an den Landessteuern über den jeweiligen Finanzausgleich. Bei den Verkehrsbauten ist es trotz der offenbar allen Verkehrsministern tief eingewurzelten Begeisterung für den Autobahnbau bei uns gelungen, erhebliche Mittel sowohl für den Straßenbau als auch vor allem für den S- und U-Bahnbau innerhalb der Städte und Ballungsgebiete zu sichern. Eben solche Regelungen, wie sie auch von Lindsay gefordert werden, sind zur Zeit Gegenstand zäher politischer Auseinandersetzungen in Washington.

Im Vorteil sind wir möglicherweise auch durch die mit dem Stichwort »Einheit der Verwaltung« gekennzeichnete Zusammenfassung der verschiedensten fachlichen Aufgaben und Kompetenzen in einer einheitlich geleiteten Stadtverwaltung unter der universellen politischen Zuständigkeit eines gewählten Rates. Lindsay gibt nur einige, aber recht drastische Beispiele für die Schwierigkeiten effektiven Verwaltungshandelns, wie sie mit dem amerikanischen System einer weitgehenden Kompetenzaufteilung auf fachlich autonome Sonderbehörden und Selbstverwaltungsgremien verbunden sind. Beklemmend deutlich wird, wie dieses System sich dem Bürger in feindlich unverständlicher Unzugänglichkeit und Undurchdringlichkeit bürokratischer Geflechte präsentiert. Im Vorteil sind wir schließlich vor allem dadurch, daß uns einige Belastungen erspart geblieben sind, die als fast untragbare Hypotheken auf den amerikanischen Städten liegen: die soziale, rassische, bildungsmäßige Unterprivilegierung breitesten Schichten der Stadtbevölkerung, die explosiven Spannungslagen, die sich daraus ergeben.

Aber ein Vergleich geht nicht immer zu unseren Gunsten aus. Und vor allem haben wir jeden Anlaß, immer wieder zu prüfen, ob und wie weit eine in der Tat bessere Lage hier nicht einfach in jenem zeitlichen Abstand begründet ist, in dem bestimmte Entwicklungsphasen bei uns später erreicht werden als in den USA. So bewegen sich die Häufigkeitsziffern für die allgemeine und für die rauschgiftbedingte Kriminalität in Europa zwar deutlich unter denen vergleichbarer amerikanischer Städte. In New York liegt z. B. die Zahl der Heroinsüchtigen zwischen 100 und 200 Tausend, beläuft sich also schon etwa auf 2% der gesamten Stadtbevölkerung. Dahinter bleiben

wir zwar noch weit zurück. Aber werden wir von einer solchen Entwicklung auf die Dauer verschont bleiben? Auch bei uns wird das Sicherheitsproblem von Jahr zu Jahr kritischer, steigen die illegalen Rauschgifteinfuhren ebenso wie die Kurven der Kriminalstatistik. Oder ein anderes Problem, das uns noch keineswegs in seiner ganzen Tragweite bewußt geworden ist: die Integrierung der Gastarbeiter. Hier geht es auch schon um Millionenzahlen allein in der Bundesrepublik. Die Freizügigkeit innerhalb des gemeinsamen Marktes kann eine europäische Binnenwanderung noch verstärken. Niemand weiß heute, wie viele ausländische Familien sich endgültig in unseren Städten niederlassen werden. Niemand weiß, wie wir wirksam verhindern können, daß sich Ghettos entwickeln, neue Formen der Ausbeutung und neue Formen der Unterprivilegierung herausbilden.

Worauf dies hinaus soll, ist zweierlei. Einmal soll der Leser veranlaßt werden, die Schilderungen des Buches, bis in die (New Yorker) Details hinein, als ihn angehend zu empfinden. Oberflächliche und augenfällige Verschiedenheiten vielerlei Art sollten über die tieferliegende Problemeinheit nicht hinwegtäuschen. Zum anderen geht es in noch höherem Maße und noch dringlicher darum, daß der Appell Lindsays bei uns verstanden wird, daß wir uns seine Forderung zu eigen machen: den Problemen der Städte endlich den ihnen gebührenden Platz im obersten Feld der gesellschaftspolitischen Dringlichkeitsskala zu erkämpfen.

Denn das ist der eigentliche, immer wieder abgewandelte Tenor des Buches. Eine Politik, die die überaus kritische Lage unserer Städte nicht zur Kenntnis nimmt, die sich ihrer Bewältigung nicht mit großer Entschiedenheit zuwendet, eine Politik, die nicht die gesammelte Kraft, deren die moderne Industriegesellschaft als Ganzes fähig ist, einsetzt, um das Schicksal der bedrohten Städte zu wenden, eine solche Politik verspielt unsere Zukunft in unverantwortlicher Weise. Die Lebensverhältnisse in den städtischen Ballungsgebieten verschlechtern sich von Jahr zu Jahr. Die Anpassungsfähigkeit der Menschen an ungünstige Lebensbedingungen ist zwar erstaunlich, aber vieles spricht dafür, daß die untere Grenze bald erreicht ist. »Die Zeit ist abgelaufen. Entweder werden unsere Städte jetzt gerettet – oder sie werden überhaupt nicht gerettet.« So schreibt Lindsay am Schluß seines Buches.

Wir müssen erkennen, daß für uns das Gleiche gilt. Unsere Städte mögen kleiner sein als New York, unsere Sozialprobleme einer Lösung näher oder noch nicht so weit entwachsen wie die der amerikanischen

Großstädte, unsere Verbrechensrate – noch – niedriger, unsere öffentlichen Verkehrsmittel vielleicht stellenweise besser. Das alles ändert nichts daran, daß wir vor den gleichen Problemen stehen, gleichartige Lösungen finden müssen. Unsere Städte sind die tägliche Lebensumwelt für immer mehr Menschen. Und gerade hier ist die Gefahr eines verhängnisvollen Versagens merkwürdigerweise größer als auf anderen Gebieten, in denen wir uns ebenfalls bedrohlichen Entwicklungen gegenüber sehen. Die Gefahren des Atomkrieges, der Übervölkerung, der Vergiftung von Erde, Wasser und Luft sind erkannt und sind Gegenstand intensiver sowohl wissenschaftlicher wie politischer Bemühungen geworden. Unsere Städte wollen wir offenbar sehenden Auges zugrunde gehen lassen.

Das ist hart ausgedrückt, aber es ist wahr. Dieses Buch zeigt es einmal mehr und unüberbietbar deutlich. Und nur eine außergewöhnlich zielstrebige politische Anstrengung kann daran möglicherweise noch etwas ändern.

Wenn eine solche Anstrengung gelingen soll, so setzt das allerdings voraus, daß einige Politiker von ungewöhnlichem Format – mit Integrität und Intelligenz, mit Zähigkeit, Toleranz und Einfühlungsvermögen, mit Überzeugungs- und Durchsetzungskraft – die Sache der Städte zu der ihren machen. Ich zögere nicht, Lindsay alle die genannten Eigenschaften zuzuerkennen. Wenn dies stimmt, so ist er in der Tat einer jener Politiker von Rang, wie sie angesichts der aber tausend Nöte dieser Welt nur gar zu selten sind. Daß dieser Mann da war, daß er bereit war, nicht nur die übermenschliche Last des New Yorker Bürgermeisteramtes auf sich zu nehmen, sondern auch in zwei harten Wahlkampagnen um dieses Amt zu kämpfen – dies war sicher ein Glücksfall für die Stadt. Wenn nicht die letzte, so war es jedenfalls die vorletzte Chance ihrer Rettung.

Lindsay beginnt sein Buch mit der Schilderung seines zweiten Wahlkampfes um das Bürgermeisteramt 1969. Erst später folgt das (IV.) Kapitel, in dem er den Zustand der Stadt und der Stadtverwaltung bei seiner ersten Amtsübernahme darstellt. Jedem, der das Schicksal New Yorks in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten auch nur mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird die Schilderung der angehäuften Mißstände noch ungewöhnlich zurückhaltend erscheinen. Hier mag mancherlei notwendige Rücksichtnahme eines amtierenden Politikers und Verwaltungschefs eine Rolle gespielt haben. Auch so wird freilich deutlich, wie ungewöhnlich und schonungslos der persönliche Einsatz des Mannes war. Deutlich wird auch sein schier

üermenschliches Vertrauen in die eigene Kraft, in die seiner Mitarbeiter und vor allem in die Regierbarkeit und Regenerierbarkeit der »unregierbaren« Stadt New York.

Ob der in dem Buch immer wieder durchbrechende Optimismus Lindsays begründet ist, daß das Schicksal seiner Stadt zum Guten gewendet werden kann, muß die Zukunft lehren. Für einen Außenstehenden, der den Zersetzungsprozeß New Yorks seit geraumer Zeit (und mit tiefer Teilnahme) verfolgt, ist es überraschend, wie kraftvoll und warm Lindsay seine Zuversicht äußert, wie positiv er auch die Entwicklung in einzelnen Teilbereichen beurteilt. Hier an der einen oder anderen Stelle skeptische Vorbehalte anzumerken, könnte nahe liegen. Ein solches Vorgehen müßte gegenüber der unbestreitbaren, in härtester Auseinandersetzung und Arbeit gewonnenen Autorität des Verfassers allerdings auch ungewöhnlich sorgfältig begründet werden. Dazu sehe ich mich jedenfalls nicht in der Lage, sondern hoffe nur von ganzem Herzen, daß er Recht behalten möge. Dies schließt ein und setzt voraus, daß jene grundlegenden politischen Vorentscheidungen zur Rettung unserer Städte getroffen werden, die auch Lindsay als unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg seiner Bemühungen ansieht und charakterisiert.

Eine weitere Bemerkung zu dem Mann erscheint um der Sache willen notwendig. Lindsay, der liberale Republikaner, hatte – und hat fraglos noch – andere Möglichkeiten einer politischen Karriere als die, für die er sich zunächst entschieden hat. Auf Seite 26 schildert er, wie sich ihm die Chance bot, den Sitz Robert Kennedys im Senat zu übernehmen. Manche, die es wissen mußten, redeten ihm zu (»Du kannst in Deinem jetzigen Amt unmöglich Erfolg haben. Keiner von uns kann das. Gib es auf, solange noch Zeit dazu ist!«), aber Lindsay blieb. Die Entscheidung zwischen einer nationalen politischen Karriere und der zwar auch spektakulären aber weit weniger dankbaren kommunalen Aufgabe in einer (wenn auch wahrlich nicht beliebten) Stadt – fiel für die Stadt.

Auch in den folgenden Jahren ist viel über eine mögliche bundespolitische Karriere Lindsays spekuliert worden. Das kann angesichts seiner ungewöhnlichen, auf die Nöte der Gegenwart – im Rahmen der innenpolitischen Möglichkeiten der USA – sicher reagierenden politischen Fähigkeiten nicht überraschen. Lindsay ist mehr als einmal als denkbar demokratischer Kandidat für die Präsidentschaftswahlen 1972 genannt worden. Als Mitglied der Republikanischen Partei steht er so weit »links« im liberalen Lager, daß seine eigene Partei ihm nach

Ablauf seiner ersten Wahlzeit als Bürgermeister von New York einen anderen, »rechten« Kandidaten entgegensetzte. Seine Wiederwahl (offiziell als Kandidat der unbedeutenden Liberalen Partei) verdankte er nicht zuletzt der Unterstützung einflußreicher Demokraten. Ohne Frage hätte die Demokratische Partei ihn, vor allem gleich nach der 69er Wahl, mit offenen Armen aufgenommen, wenn er sich zu einem Parteiübertritt entschlossen hätte. Und ohne Frage wäre Lindsay (der als Republikaner in seiner eigenen Partei gegen Nixon natürlich keine Chance hat) einer der aussichtsreichsten Bewerber um die Rolle des demokratischen Präsidentschaftskandidaten gewesen. Häufig wurden Betrachtungen darüber angestellt, wann unter diesem Gesichtspunkt der letzte mögliche Zeitpunkt für Lindsays Parteiwechsel liegen würde. Wann auch immer – inzwischen ist er, jedenfalls was die 72er Präsidentschaftswahlen angeht, verstrichen, ohne daß Lindsay nach dem höchsten, angesehensten und auch wichtigsten Amt der Vereinigten Staaten gegriffen hätte. Sicher hat er auch darüber nachgedacht, wie groß die Erfolgschancen eines solchen Schrittes gewesen wären. Sicher hat er auch überlegt, daß sich ihm 1976 und vielleicht auf andere Weise bessere Chancen bieten mögen. Ebenso sicher hat er aber auch abgewogen, wie wichtig, wie weit über New York hinaus wirkend und wie zukunftsentscheidend sein jetziges Amt ist und wie schwer es wäre, darauf zu verzichten.

Wie immer die politische Zukunft von John V. Lindsay aussehen mag, man möchte ihm weiter Fortune wünschen, wie er sie bisher gehabt hat. Das ist kein Wunsch ins Blaue hinein. Eine repräsentative Gallup-Umfrage unter amerikanischen Studenten im Februar 1971 ergab immerhin, daß Lindsay – mit 81 % – die höchste Gesamtzustimmungsquote erreichte, vor Eugene McCarthy (79 %), Edmund Muskie (78 %), George McGovern (76 %), Edward Kennedy (75 %) und seinem vielfachen Widersacher, dem Gouverneur des Landes New York, Nelson Rockefeller (63 %). Ein Präsident der Vereinigten Staaten mit den Erfahrungen des Bürgermeisters von New York – das wäre eine in der Tat aufregende Perspektive. Vielleicht könnte Lindsay in das nationale Amt herüberretten, was bei uns, von der Außenpolitik besessen, weder Adenauer noch Brandt konnten: die kommunale Alltagserfahrung als Auftraggeber nationaler Politik und Anstrengung.

Eine Aufgabe und ein Mann haben sich gefunden. Davon gibt das Buch über alle wichtige und interessante Information hinaus Kunde. Hat dieser Bürgermeister von New York bei der Bewältigung seiner

oft übermäßig schwer erscheinenden Aufgabe Erfolg, so werden wir alle besser daran sein als vorher. Umgekehrt: alles, was wir für die Humanisierung unserer eigenen Städte tun, jeder Fortschritt, den wir bei der Durchsetzung der Stadtprobleme als zentrale Probleme der Gesellschaftspolitik erzielen, kommt letztlich auch jener Stadt zugute, die wie keine andere ist – New York.

Hannover, Juni 1971

Martin Neuffer

Vorbemerkungen

Wollte ich all die Personen nennen, die auf irgendeine Weise zu diesem Buch beigetragen haben, ich fände so leicht kein Ende. In seinem Kern ist das Buch ein Ergebnis der langen Stunden und Wochen, die wir im Kampf um die Stadt verbracht haben. Und es gibt viele Menschen, die sich in diesem Kampf mit mir zusammentaten.

Die Reihe beginnt mit meiner Frau Mary und meinen vier Kindern, die liebevoll, anteilnehmend und geduldig waren; und sie endet bei einer toleranten und verständnisvollen Wählerschaft, die mich nun aufs neue in den Kampf um die Stadt hineingestellt hat.

Im einzelnen gilt mein Dank für die Hilfe bei der Niederschrift, der Revision und der endgültigen Abfassung dieses Buches meinem Assistenten Jeff Greenfield und meinem Presse-Sekretär Thomas Morgan sowie einer kleinen Gruppe anderer Helfer; sie alle haben ununterbrochen, Tag und Nacht, mit Geschick und Humor, die Pflicht vor das Vergnügen gestellt.

Zu diesem Kreis gehören auch zwei alte Freunde, Evan Thomas und Eric Swenson, die dieses Buch verlegt haben. Auch sie haben diese langen Jahre mit mir gemeinsam durchlebt.

Schließlich danke ich Richard Aurelio, meinem Manager im Wahlkampf um das Bürgermeisteramt im Jahre 1969, der das Schiff durch die stürmischste See lenkte, die ich je befuhr.

J. V. L.



Übersichtsplan von New York City (weiß ausgesparte Flächen) mit den im Buch erwähnten Haupt- und Unterbezirken der Stadt

DER KAMPF UM NEW YORK

New York ist wie kein anderer Ort. Ein Dichter schrieb, es sei eben nicht wie vier Philadelphias oder fünf New Havens. Es hat mehr Einwohner als alle Staaten bis auf zwei. Es besteht aus fünf Stadtteilen – und teilte man die Stadt auf, so würde man vier der fünf größten Städte der Vereinigten Staaten erhalten. Es hat eine Polizeimacht, die größer ist als die gesamte Bundespolizei – und sein Polizeietat ist höher als Detroit's gesamtes Stadtbudget. New York unterhält, und bezahlt zum größten Teil, seine eigene Universität – eine der fünf größten der Welt. Es beherbergt jede ethnische Gruppe, die je nach Amerika kam, oft in unerwünschter Nähe zueinander. Es ist ein Schmelztiegel, in dem es noch schmelzen muß – eine Mischung aus Dutzenden verschiedener Rassen, Religionen, Nationalitäten, jede mit eifersüchtig gewahrten Traditionen, jede mit dem Wunsch nach ihrem Teil an Eigenständigkeit und Respekt.

New York City kennt mehr Schattierungen von Freude und Sorge als jede andere Stadt. Es hat die stabilste Wirtschaft in den Vereinigten Staaten – und eine Million Sozialempfänger. Es besitzt einige der schönsten Stadtgebiete im ganzen Land – und einige der verkommensten Slums, die man sich vorstellen kann. Es hat die größte Gesundheitsbehörde der Welt – und doch müssen hier Menschen sterben, weil sie nicht behandelt werden konnten. New York hat mehr Kinder in seinen Schulen als irgendwo anders – und zuviele von ihnen lernen nicht.

In New York gibt es Augenblicke, besonders im Frühjahr und im Herbst, an denen man nirgendwo anders in der Welt leben möchte. Und es gibt Augenblicke im Sommer und Winter, an denen man es für immer verlassen möchte. Es leben hier einige der stolzesten Menschen, die man finden kann und die behaupten: »Wenn man New York verläßt, wirkt alles wie Bridgeport« (Entschuldigung an Bridgeport). Und es gibt Menschen hier, die wünschen, daß die Stadt zum Wohl der Zivilisation im Atlantischen Ozean versänke.

New York hat U-Bahnen – wenigstens heute –, die ihre Passagiere in klimatisiertem Komfort transportieren, und es hat U-Bahnen, die einen Sommertag in lodernde Hölle verwandeln. Es hat die beste und größte Polizeimacht der Welt – und es geschehen hier Verbrechen, viel zu viel Verbrechen im Hinblick auf die Sicherheit seiner Bürger. Es besitzt ein halbes Dutzend spezialisierter Oberschulen, die eine vorzüglich ausgebildete Jugend entlassen – und es hat Schulen, wo vierzehnjährige Mädchen Heroin spritzen.

In anderen Worten, New York zeigt das Versprechen und zugleich die Gefahr des städtischen Amerika: das Versprechen, zu einer weiter sich vergrößernden Stadt zu werden – die Gefahr, einem allmählichen, sicheren Verfall entgegenzugehen. Ich war vier Jahre lang Bürgermeister von New York – und jetzt, wenn dieses Buch veröffentlicht wird, bin ich es wieder.

In mancherlei Hinsicht ist das Amt eines Bürgermeisters von New York wohl das enttäuschendste im ganzen Land. Seine Bürde, heißt es, sei die schwerste nach dem Amt des Präsidenten. Gewiß, ein Präsident ist bekannt als ein Mann mit einer unendlichen Last, doch viele seiner drängenden Probleme sind weit entfernt von der direkten Not der Bevölkerung. Ein Bürgermeister aber ist die wichtigste Exekutivkraft in der ersten Reihe der Verwaltung. Es ist seine Aufgabe, für ausreichenden Polizeischutz in den Straßen, für moderne Schulen, bequeme Transportmittel, für Wärme im Winter und für angemessene Wohnungen zu sorgen. Das, was ein Bürgermeister tut oder nicht tut, berührt das ganz alltägliche Leben der Einwohner; wenn er auf seiner Verwaltungsebene nicht wirkungsvoll arbeitet, wird er die Unzufriedenheit sofort bei seinen Wählern spüren.

Ein Bürgermeister ist zudem der Repräsentant eines Stiefkindes der Verwaltung. Die Staaten sind konstituierender Teil unseres verfassungsrechtlichen Rahmens. Die Vereinigten Staaten sind ein föderalistischer Staatenbund – von souveränen Staaten, wie wir auf jeder politischen Versammlung erinnert werden. Aber eine Stadt, sie existiert nicht durch verfassungsrechtliche Garantien. Sie ist das Geschöpf des Staates, abhängig von ihrem Mandat. Sie kann ihre Mittel nicht in Übereinstimmung bringen mit ihren Ansprüchen, sie kann ihren Kreditrahmen nicht erhöhen, ihr Steueraufkommen nicht verbessern, die Hierarchie ihrer Verwaltungsbehörde nicht verändern ohne Zustimmung des Staates. Sie ist, in anderen Worten, eine Verwaltungseinheit ohne direkten Zugang zur Macht, jedoch gezwungen, die direkte Verantwortung für die Probleme ihrer Einwohner zu tragen.